

2708 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Wirtschaftsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. März 1983  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentanwaltsge-  
setz geändert wird

Grundsätzliche Aufgabe des Patentanwaltsgesetzes ist die  
Regelung der Belange der berufsmäßigen Parteienvertreter auf  
dem Gebiete des Patent-, Marken- und Musterschutzes. Die fort-  
schreitende technische Entwicklung, aber auch die Einführung  
eines Europäischen Patentbesitzes haben an die Patentanwälte höhere  
Anforderungen gestellt. Ihre beratende Tätigkeit hat noch  
mehr an Gewicht gewonnen, sodaß einerseits eine weitergehende  
gesetzliche Definition der Befugnisse eines Patentanwaltes er-  
forderlich geworden ist, andererseits auch strengere Vorschriften  
für die Ausbildung eines Patentanwaltsanwärters.

Da die zahlreichen Veröffentlichungsverpflichtungen das  
Budget der Patentanwaltskammer in immer stärkerem Maße be-  
lastet haben, wurden die zu veröffentlichenden Akten der Kammer  
reduziert und auch ein vergleichsweise kostengünstigeres  
Publikationsinstrument gewählt (Patentblatt statt Wiener Zeitung).

Die seit der Erlassung des Patentanwaltsgesetzes im Jahre  
1967 unverändert gebliebene Pauschalvergütung wurde nunmehr den  
wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechend erhöht.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 8. März 1983 in Verhandlung genommen und ein-  
stimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-  
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. März  
1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentanwaltsgesetz  
geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1983 03 08

Dipl.-Ing. B e r l  
Berichterstatter

Ing. E d e r  
Obmann